

## Der Europäischen Union obliegt es, die begangenen Fehler zu berichtigen



### • *Erklärung des Außenministeriums zu den Schlußfolgerungen des Europäischen Rats der Außenminister zu Kuba*

- DER Rat der Außenminister der Europäischen Union hat am 18. Juni mehrere Beschlüsse zu Kuba gefaßt.

Das Dokument, das von der Europäischen Union unter dem Titel »Schlußfolgerungen zu Kuba« verbreitet wurde, enthält einen Vorschlag über »einen umfassenden und offenen politischen Dialog mit den kubanischen Autoritäten... auf der Grundlage von Gegenseitigkeit und gemeinsamen Interessen«. Das Außenministerium Kubas hat ihn zur Kenntnis genommen und schätzt ein, daß es sich um eine notwendige Berichtigung handelt.

Allerdings erwähnt das genannte Dokument nicht die sogenannten Sanktionen, die die Europäische Union versucht hatte, Kuba im Jahr 2003 ungerechterweise und unbedacht aufzuerlegen, und die seit zwei Jahren nur hochmütig "ausgesetzt" sind.

Mit Kuba wird nur ein Dialog unter souveränen und gleichberechtigten Partnern möglich sein, ohne Bedingungen und ausstehende Drohungen. Wenn die Europäische Union einen Dialog mit Kuba wünscht, muß sie die genannten, seit damals unanwendbaren und unhaltbaren Sanktionen endgültig beseitigen.

Die »Schlußfolgerungen« erwähnen auch nicht den sogenannten »gemeinsamen Standpunkt«, der 1996 von den Finanzministern der EU übereilt, unter dem Druck von Aznar und ausgehend von einem Entwurf aus dem US-State Department beschlossen wurde.

Nach so vielen Fehlern und Niederlagen wäre die einzige auf der Hand liegende Schlußfolgerung, die die Europäische Union ziehen müßte, daß der »gemeinsame Standpunkt« verschwinden muß, weil es keinerlei Grund für seine Existenz gab und gibt und er verhindert, normale Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und gemeinsamer Interessen mit unserem Land zu unterhalten.

Es ist anzuerkennen, daß eine Reihe einflußreicher europäischer Länder Anstrengungen unternommen hat, um diese lächerliche Situation zu ändern. Andere, wie die Tschechische Republik, sind zu Handlangern der USA im europäischen Umfeld geworden.

Auf der anderen Seite mischen sich die »Schlußfolgerungen« auf verleumderische Art in die inneren Angelegenheiten Kubas ein, geben Urteile ab und kündigen Maßnahmen an, die eine Einmischung darstellen und heuchlerisch sind, und die Kuba als beleidigend und unannehmbar bewertet und energisch von sich weist.

Wir gestehen der Europäischen Union keinerlei moralische Autorität zu, um Kuba zu verurteilen oder ihm Ratschläge zu erteilen.

Wenn der Rat sich auf die zeitweise Übertragung der Funktionen des Präsidenten Fidel Castros auf den Genossen Raúl Castro bezieht, indem er dies als »eine neue Lage« bezeichnet, gibt er der Illusion Ausdruck, es gäbe Widersprüche oder Differenzen zwischen den Revolutionsführern und eine Spaltung unter den kubanischen Revolutionären, und irrt sich erneut. Die Revolution ist stärker und einiger denn je.

Unser Land hat seine eigene Existenz erkämpft, hat heldenhaften Widerstand geleistet und kühn über ein Jahrhundert lang gekämpft, um seine Unabhängigkeit zu verteidigen. Kuba ist ein unabhängiges und souveränes Land, und die Europäische Union irrt sich, wenn sie denkt, es auf andere Art behandeln zu können als einen Ebenbürtigen.

Die Europäische Union hat eine anhaltende und demütigende Unterordnung unter die Vereinigten Staaten gezeigt, die es ihr nicht erlaubt, eine auf den europäischen Interessen basierende Position einzunehmen, und sie, auch wenn sie das Gegenteil behauptet, zum Komplizen der verbrecherischen und unmenschlichen Blockade macht, die jene gegen das kubanische Volk anwenden, und über die in den »Schlußfolgerungen« nicht gewagt wird, ein Wort zu erwähnen. In der Erklärung des Gipfeltreffens mit den Vereinigten Staaten im April fügte sich die EU, um Kuba in Frage zu stellen und akzeptierte eine Erwähnung, die die Rechtmäßigkeit des »Plan Bush« anerkennt. Ihre Geheimabsprachen mit Vertretern des Imperiums sind bekannt, sogar mit dem fälschlich von den Vereinigten Staaten ernannten Prokonsul für Kuba, und ihre Abgeordneten sind häufig auf antikubanischen Veranstaltungen in Miami anwesend, oder auf welchen, die in Europa stattfinden, aber von Washington finanziert werden.

Die Europäische Union ist beschämend heuchlerisch, wenn sie sich ungerechterweise an Kuba wendet, aber über die auch auf europäische Bürger angewandte US-amerikanische Folter im illegalen Flottenstützpunkt von Guantánamo, der widerrechtlich kubanisches Territorium einnimmt, und in Abu Ghraib schweigt. Sie schweigt schamlos über die Entführungen von Menschen durch die US-Geheimdienste in dritte Länder und hat ihr Gebiet zur Verfügung gestellt, um die Geheimflüge der CIA zu ermöglichen und illegalen Gefängnissen Unterschlupf zu bieten. Sie hat auch nichts über die Dutzenden Menschen gesagt, die unter diesen Umständen verschwunden sind, und nichts über die Hunderttausende ermordeten Zivilisten im Irak.

Es obliegt der Europäischen Union, die Kuba gegenüber begangenen Fehler zu berichtigen. Jeder Schritt in die richtige Richtung wird die angemessene Aufnahme finden. Aber es eilt nicht: wir haben alle Zeit der Welt.

***Havanna, den 22. Juni 2007 •***